

DEUTSCHER BUNDESTAG

17. Wahlperiode

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 23.02.2012

Tel.: 30299 (Sitzungssaal)

Fax: 36327 (Sitzungssaal)

Tel.: 37773 (Sekretariat)

Fax: 36502 (Sekretariat)

Mitteilung

Achtung!

Abweichende Sitzungszeit!

Abweichender Sitzungsort!

Die 59. Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien findet statt am:

Mittwoch, dem 29.02.2012, ca. 16:15 – 18:00 Uhr
(unmittelbar im Anschluss an die 58. Sitzung)

10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Sitzungssaal: E.300

Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus

Öffentliche Anhörung

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zu folgenden Vorlagen:

1a Antrag der Abgeordneten Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Siegmund Ehrmann, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Personelle und institutionelle Kontinuitäten und Brüche in deutschen Ministerien und Behörden der frühen Nachkriegszeit hinsichtlich NS-Vorgängerinstitutionen untersuchen

BT-Drucksache 17/6297

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Mitberatend:

Innenausschuss

Rechtsausschuss

Finanzausschuss

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Berichterstatter/in:

Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]

Abg. Dr. h.c. Wolfgang Thierse [SPD]

Abg. Patrick Kurth (Kyffhäuser) [FDP]

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE.]

Abg. Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

- 1b Antrag der Abgeordneten Claudia Roth (Augsburg), Ekin Deligöz, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Personelle und institutionelle Kontinuitäten und Brüche in deutschen Ministerien und Behörden der frühen Nachkriegszeit hinsichtlich NS-Vorgängerinstitutionen systematisch untersuchen

BT-Drucksache 17/6318

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Mitberatend:

Innenausschuss

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berichterstatter/in:

Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]

Abg. Dr. h.c. Wolfgang Thierse [SPD]

Abg. Patrick Kurth (Kyffhäuser) [FDP]

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE.]

Abg. Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

- 1c Antrag der Abgeordneten Tom Koenigs, Renate Künast, Claudia Roth (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berichte zur NS-Vergangenheit des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz veröffentlichen

BT-Drucksache 17/4696

Federführend:

Ausschuss für Kultur und Medien

Mitberatend:

Innenausschuss

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Berichterstatter/in:

Abg. Marco Wanderwitz [CDU/CSU]

Abg. Dr. h.c. Wolfgang Thierse [SPD]

Abg. Patrick Kurth (Kyffhäuser) [FDP]

Abg. Dr. Lukrezia Jochimsen [DIE LINKE.]

Abg. Claudia Roth (Augsburg) [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Monika Grütters, MdB

Vorsitzende

Hinweis: Zuhörerinnen und Zuhörer werden gebeten, sich bis zum 27. Februar 2012 unter Angabe von Name, Vorname und Geburtsdatum beim Sekretariat des Ausschusses für Kultur und Medien anzumelden.

Tel.: 030/227-37773, Fax: 030/227-36502, E-Mail: kulturausschuss@bundestag.de

Bitte achten Sie darauf, dass Sie sich ausweisen können.

Ausschuss für Kultur und Medien
Öffentliche Anhörung am 29. Februar 2012, ca. 16.15 - 18.00 Uhr, PLH E.300

Liste der Sachverständigen

Prof. Dr. Micha Brumlik

Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main

Prof. Dr. Constantin Goschler

Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke

Technische Universität Dresden

Dr. Michael Hollmann

Präsident des Bundesarchivs, Koblenz

Prof. Dr. Hans Walter Hütter

Präsident der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Horst Möller

Direktor a.D. des Instituts für Zeitgeschichte, München/Berlin

Prof. em. Dr. Dr. h.c. Hans-Peter Schwarz

Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Michael Stolleis

Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt am Main

Ausschuss für Kultur und Medien
Fragenkatalog zur öffentlichen Anhörung am 29. Februar 2012

1. Inhalte der Forschung

- Bitte erläutern Sie den aktuellen Forschungsbedarf und die Quellenlage für die historische Untersuchung der Ministerien und Behörden gemäß der Anträge. Welche Fragestellungen sind in Bezug auf welche Institutionen in Ost- und Westdeutschland unbedingt zu berücksichtigen?

2. Forschungsstand

- Wie beurteilen Sie den Forschungsstand zur Geschichte der nationalsozialistischen Diktatur, insbesondere zur Geschichte der Reichsbehörden in der NS-Diktatur? Wo sehen Sie besondere Desiderate? Wie ist die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Quellen zu diesen Fragen nach Ihrer Kenntnis einzuschätzen? Wo sehen Sie Desiderate in der öffentlichen Präsentation und Diskussion der Forschungsergebnisse?
- Wie beurteilen Sie den Forschungsstand zum Umgang mit der nationalsozialistischen Diktatur in Staat und Gesellschaft Nachkriegsdeutschlands, insbesondere der Westzonen und der Bundesrepublik sowie der ehemaligen DDR? Nimmt die Erforschung dieser Sachverhalte in deutschen Bildungseinrichtungen einen angemessenen Raum ein? Wo sehen Sie besondere Desiderate? Wie ist die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von Quellen zu diesen Fragen nach Ihrer Kenntnis einzuschätzen?
- Wie beurteilen Sie insbesondere Forschungsstand, Desiderate und Quellenlage zur Frage nach personellen und institutionellen Kontinuitäten und Brüchen zwischen der NS-Diktatur und Politik, Verwaltung und Justiz in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR?

3. Aufarbeitung im europäischen Vergleich

- Wie beurteilen Sie die Bemühungen um Aufarbeitung der NS-Diktatur in Deutschland im europäischen Vergleich – besonders im Vergleich zu Österreich und Italien sowie der Aufarbeitung der Diktaturen in Spanien und Portugal? Inwiefern stellt die Zugänglichmachung der Akten durch aktive deutsche Dienste eine besondere Herausforderung für die wissenschaftliche Aufarbeitung dar? Inwiefern ist die Öffnung der Akten im internationalen Vergleich als außergewöhnlich einzustufen?

4. Quantitativer Anteil von Personen mit NS-Belastung in öffentlichen Institutionen

- Wie hoch ist nach Ihrer Kenntnis und Einschätzung der quantitative Anteil von Personen mit NS-Belastung in öffentlichen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland und in der ehemaligen DDR einzuschätzen? Wie beurteilen Sie die tatsächlichen und politischen Auswirkungen der Tätigkeit von NS-belasteten Personen in politischen, administrativen, justiziellen und gesellschaftlichen Funktionen in der Bundesrepublik Deutschland und in der ehemaligen DDR?

5. Leitmotiv der Aufarbeitung

- Was ist letztlich die leitende Frage bei der Aufarbeitung: die Klärung politischer Verantwortlichkeit, das verstehende Historisieren oder noch eine andere Fragestellung?

6. Akteneinsicht und -zugang

- Wie ist zu gewährleisten, dass Historikerinnen und Historiker Einsicht in alle relevanten Akten erhalten? In welcher Weise müssen Archive und Quellenbestände erschlossen und dauerhaft zugänglich sein? Sind archivrechtliche Probleme zu erwarten? Welchen Nutzen hätte eine Öffnung der Akten nach dem Muster der Stasi-Unterlagen-Behörde?

7. Forschungsorganisation und Garantie der Wissenschaftlichkeit

- Welche organisatorischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen sind zu erfüllen, um Historikerinnen und Historikern bei der Durchführung von Forschungsaufträgen gemäß der Anträge unabhängiges, selbstbestimmtes wissenschaftliches Arbeiten zu ermöglichen? Welche Art von Kooperation und systematischem Verbund in der Erforschung und Aufarbeitung ist anzustreben?

8. Umgang mit den Forschungsergebnissen

- In welcher Weise und unter welchen Bedingungen sollte die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen erfolgen, um sowohl fachwissenschaftlichen Kriterien als auch den Interessen einer breiten Öffentlichkeit gerecht zu werden? Wie sollten Ministerien und Behörden mit den Ergebnissen der Einzelforschungen umgehen?
- Wie sind Ihre Erfahrungen beim Umgang dieser Institutionen mit Ergebnissen vorheriger Untersuchungen zu diesem Thema? Wie wirkten sich diesbezüglich z.B. personelle Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes auf das Regierungs- und Behördenhandeln in der Bundesrepublik aus?

9. Konsequenzen für politisches Handeln und die historisch-politische Bildung

- Welche politischen Aufgaben und Konsequenzen ergeben sich aus den Ergebnissen der bisherigen wissenschaftlichen Aufarbeitung für den Bundestag und die Bundesregierung und die Bundeskulturpolitik, welche Schwerpunkte und Aufgaben stellen sich für die Erinnerungskultur, das Gedenkstättenkonzept der Bundesregierung, die Selbstdarstellung sowie die Aus- und Weiterbildung in Ministerien und Behörden?